



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag

**In zukunftsfähige Infrastruktur investieren: - Wasserstofftechnologie und
Windenergie an der Küste gemeinsam weiterentwickeln**

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Zweite Beratung) - Drs. 15/1254

- Beschlussempfehlung des Umweltausschusses Drs. 15/3127

97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 13. September 2006

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich überlege die ganze Zeit, ob ich etwas zum Expertentum in der SPD sagen soll.
Ich verzichte aber an dieser Stelle darauf.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Gibt es da welche? - Unruhe - Glocke der
Präsidentin)

- Das lasse ich aus Furcht vor einem Ordnungsruf unkommentiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass wir in der
Absicht gar nicht so fürchterlich weit auseinander liegen. Herr Dr. Runkel hat dazu
schon viele richtige und wichtige Dinge gesagt. Aus meiner Sicht ist es ein Erfolg von
FDP und CDU in diesem Hause, dass SPD und Grüne inzwischen zu der Einsicht
gelangt sind und verstanden haben, dass erneuerbare Energien - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Dürr, machen Sie bitte eine Pause. Es ist wieder zu laut hier. - So, jetzt geht es
weiter. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Sie haben inzwischen verstanden, dass die erneuerbaren Energien - jedenfalls die aus Sonne und Wind - ein Stetigkeitsproblem haben. Das ist ein ganz großes Problem insbesondere in Niedersachsen, weil wir ein großer Standort für erneuerbare Energien in Deutschland sind. Gerade weil wir an diesem Punkt gar nicht weit auseinander liegen, Herr Kollege Janßen, haben wir einige Passagen aus Ihrem Antrag sogar 1 : 1 in unseren Änderungsantrag übernommen. Das nur ganz kurz als Hinweis.

Sie allerdings wollen - das ist das, was uns trennt - mit dem nichtwissenschaftlichen Kopf - das Nichtvorhandensein von Expertenwissen darf meiner Meinung nach keinem Abgeordneten zum Vorwurf gemacht werden; denn Abgeordnete sollen unabhängig sein und sich das Expertenwissen von Fall zu Fall dazu holen - durch die naturwissenschaftliche Wand fahren. Das kann am Ende nicht funktionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie wollen sich darauf beschränken, dass aus Offshore- Windenergie Wasserstoff gewonnen und wieder in Strom zurückgewandelt wird. Das kann aber am Ende nicht zielführend sein. Herr Kollege Janßen, wir dürfen den Blick in dieser Frage nicht so einengen, wie Sie es mit Ihrem Antrag vorsehen; denn das würde den Windstrom - das müssten eigentlich auch die Grünen erkennen - am Ende für unsere Volkswirtschaft wahrlich sehr, sehr teuer machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Um diese Verstetigung, von der ich vorhin gesprochen habe, erreichen zu können, kann man auch andere Wege beschreiten. Herr Kollege Runkel hat es vorhin schon gesagt. In der chemischen Industrie steht schon heute Wasserstoff zur Verfügung. Der wird relativ günstig produziert. Zum Teil fällt er als Abfallprodukt an. Diesen Wasserstoff müssen wir an dieser Stelle einsetzen. Auf die Beschränkung, aus Windstrom sofort Wasserstoff zu machen und diesen rückumzuwandeln, können wir uns als FDP und CDU an dieser Stelle natürlich nicht einlassen.

Ich möchte noch einen letzten Punkt anfügen. Dieser Appell geht noch einmal in Richtung des Erneuerbare- Energien-Gesetzes. Sie als SPD und Grüne sollten Ihre Position noch einmal überdenken. Sie haben in Ihrem Ursprungsantrag gefordert - Herr Kollege Janßen hat es vorhin noch einmal gesagt -, dass die Nutzung des Windstromangebots direkt vor Ort dazu beitragen soll, den Neubau von zur Ableitung der steigenden Windstrommengen zukünftig notwendigen Kabeltrassen zu begrenzen. Das heißt: keine Kabeltrassen, stattdessen vor Ort umwandeln. – Genau diese Möglichkeit verhindert das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch die Einspeiseverpflichtung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie, die Sie die EEG-Fahne immer so hoch halten, das einsehen und begriffen haben, haben wir als FDP und CDU sehr viel erreicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

*Quelle: Stenographischer Bericht der 97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,
herausgegeben am 19.09.2006*